

919 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses

über die vom Abgeordneten Smolle überreichte Petition Nr. 36 betreffend Erschießungen im Iran des Komitees zur Verhinderung der Hinrichtungen von politischen Gefangenen im Iran

Die gegenständliche Eingabe wurde am 12. Dezember 1988 im Sinne des § 100 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates vom Abgeordneten Smolle überreicht und bildete somit einen Gegenstand der Verhandlungen im Nationalrat; sie wurde dem Außenpolitischen Ausschuss zugewiesen.

In der Eingabe des Komitees zur Verhinderung der Hinrichtungen von politischen Gefangenen im Iran wird ausgeführt:

„In den letzten Wochen wurden Hunderte politische Gefangene im Iran gruppenweise und willkürlich hingerichtet. Diese Massenhinrichtungen haben Hunderte iranische Familien in Trauer und die Öffentlichkeit im Lande in Empörung versetzt. Erschütternd ist es, daß die iranischen Behörden diese Massenmorde zynisch als ‚Aufräumung der Gefängnisse‘ bezeichnen und sogar weitere Hinrichtungen von unschuldigen Menschen geplant haben, die keine Gesetze verletzt haben und in keinen, nach demokratischen Regeln abgehaltenen Gerichtsverhandlungen verurteilt worden sind.“

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen protestierte gegen diese Massenhinrichtungen im Iran. Die Antwort des Vertreters der islamischen Republik in der UNO war ausweichend.

Im Gedenkjahr 1988 möchten wir das österreichische Volk an die Greueltaten der Nationalsozialisten erinnern und an die Tatsache, daß — wie damals Österreich der Unterstützung anderer Länder bedurfte — auch die demokratisch gesinnten politischen Gefangenen im Iran heute die Unterstützung Österreichs brauchen.

Wir wenden uns heute in diesem Gedenkjahr und zum Zeitpunkt des 40. Jahrestages der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen an die österreichische Volksvertretung und fordern Sie auf:

- umgehend und in schärfster Form die islamische Regierung im Iran für diese Massenmorde zu verurteilen
- die islamische Regierung im Iran aufzufordern, die Massenhinrichtungen umgehend zu stoppen
- die islamische Regierung im Iran aufzufordern, alle Gefängnisse des Landes für internationale Delegationen, bestehend aus Juristen und Ärzten, zugänglich zu machen
- die islamische Regierung im Iran aufzufordern, alle politischen Gefangenen des Landes freizulassen.“

Der Außenpolitische Ausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 18. April 1989 mit der gegenständlichen Petition befaßt. Als Berichterstatter im Ausschuss fungierte Abgeordneter Smolle. In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Mag. Dr. Höchtel, Dr. Ermacora und Smolle sowie der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Vizekanzler Dr. Mock das Wort.

Von den Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Smolle und Dr. Frischenschlager wurde ein gemeinsamer Entschließungsantrag betreffend die Menschenrechtslage im Iran eingebracht; einen weiteren Entschließungsantrag zu diesem Thema legte der Abgeordnete Smolle vor.

Bei der Abstimmung wurde der gemeinsame Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Smolle und Dr. Frischenschlager einstimmig angenommen; hiemit gilt die gegenständliche Peti-

2

919 der Beilagen

tion Nr. 36 als erledigt. Der Entschließungsantrag des Abgeordneten Smolle fand keine Mehrheit im Ausschuß.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Dr. Ermacora gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle die beigesdruckte Entschließung annehmen. %

Wien, 1989 04 18

Dr. Ermacora
Berichterstatter

Dr. Jankowitsch
Obmann

%

Entschließung

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. alles zu unternehmen, um die Verhängung der Todesstrafe ohne menschenrechtskonformes Verfahren und die Vollstreckung dieser Strafe sowie Hinrichtung ohne ein solches Verfahren zu verhindern;
2. auf internationaler Ebene die Bestrebungen zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe weiterhin zu unterstützen und zu verstärken und
3. darauf hinzuwirken, daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden.